

schen Kontakt zwischen China und den USA. Nur 15 Monate nach der Kollision über dem Südchinesischen Meer begegneten sich im internationalen Luftraum vor der chinesischen Küste nördlich von Taiwan wiederum chinesische Abfangjäger des Typs F-7 und eine Spionagemaschine der amerikanischen Seestreitkräfte. Über mehrere Minuten flogen die chinesischen Piloten im Abstand von nur 45 m einen Parallelkurs. Zu einem Zwischenfall kam es allerdings nicht. (Xinhua, 25.6.02, nach BBC PF, 26.6.02; SCMP, 27.6.02; Xinhua, 27.6.02, nach BBC PF, 28.6.02; XNA, 28.6.02; ST, 28.6.02) -kg-

7 Einigung mit Japan über Schiffswrack

Nach monatelangem diplomatischen Tauziehen um das nach japanischem Beschuss am 22. Dezember letzten Jahres vor der chinesischen Küste gesunkene Schiff, von dem Japan vermutet, es habe sich um ein nordkoreanisches Spionage- oder Schmugglerboot gehandelt, wurde nun Ende Juni zwischen China und Japan Einvernehmen über die Bergung des Wracks herbeigeführt.

Demnach ist die japanische Seite, die ein erhebliches Interesse an einer zügigen Bergung noch vor dem Beginn der diesjährigen Taifunsaison hatte, nunmehr berechtigt, das Wrack unter chinesischer Aufsicht zu heben. Über den Fortgang der Aktion und auch über die Ergebnisse der Untersuchung des Schiffs hat die japanische Regierung China ständig zu unterrichten.

Ein bislang zwischen China und Japan noch völlig ungeklärter Punkt sind die Kompensationszahlungen, die chinesische Fischer von der japanischen Regierung dafür verlangen, dass sie aufgrund der ständigen Anwesenheit von Schiffen der japanischen Küstenwache seit Dezember letzten Jahres ihrer Arbeit nicht mehr im üblichen Maße nachgehen konnten und daher erhebliche Einkommenseinbußen zu verzeichnen hatten. Dem Vernehmen nach verlangt die chinesische Regierung in diesem Zusammenhang von Japan mehrere hundert Millionen Yen. Japan ist jedoch prinzipiell nicht bereit zu Ausgleichszahlungen, die unter der Bezeichnung Entschädigung

laufen. Während die chinesische Seite nach der Erteilung der Genehmigung zur Bergung des Schiffes davon sprach, Verhandlungen über japanische Kompensationszahlung für die Verluste der chinesischen Fischer würden fortgesetzt, dementierte die japanische Außenministerin Kawaguchi Gespräche über japanische finanzielle Kompensationen. (ZXS, 27.6.02, nach BBC PF, 28.6.02; Kyodo, 6.6.02, nach BBC PF, 7.6.02; Kyodo, 18.6.02, nach BBC PF, 19.6.02; Kyodo, 19.6.02, nach BBC PF, 20.6.02; WSJ, 18.6.02) -kg-

Innenpolitik

8 Jahrestag der Niederschlagung der Protestbewegung von 1989

Am 4. Juni jährte sich die Niederschlagung der Protestbewegung im Sommer 1989, bei der in Beijing und anderen chinesischen Städten mindestens mehrere hundert Studenten ihr Leben verloren hatten, zum 13. Mal. Während in Hongkong wie in den Vorjahren am Abend dieses Jahrestags eine Kerzenwache zum Gedenken an die Opfer abgehalten wurde, wurden vom Festland keine größeren Gedenkaktionen bekannt. An neuralgischen Orten wie etwa dem Universitätsbezirk in Beijing, von dem 1989 die Protestaktionen in der Hauptstadt ausgegangen waren, war erneut ein großes Sicherheitsaufgebot bestellt worden.

Der Jahrestag fiel diesmal zeitlich mit der Austragung des ersten Spiels Chinas in der Vorrunde der Fußball-Weltmeisterschaft zusammen. In Südkorea trat die chinesische Mannschaft, die sich nach 44 Jahren zum ersten Mal für die Teilnahme an einer Weltmeisterschaft qualifiziert hatte, am Nachmittag dieses Tages gegen Costa Rica an.

Einerseits befürchteten die Behörden, dass das sportliche Ereignis, das den chinesischen Nationalstolz empfindlich berührte, Anlass für Massenunruhen mit unberechenbarer politischer Dynamik geben könnte. Insbesondere war man besorgt, dass es im Stadion in Gwangju selbst zu Protestaktionen

kommen könnte, die dann für Millionen von Fernsehzuschauern in China sichtbar geworden wären. Angeblich hatten die südkoreanischen Behörden aber zugesagt, jegliche Protestaktionen zu unterbinden. Dennoch wurde die Übertragung des Spiels, das China mit 0:2 Toren verlor, an öffentlichen Plätzen in chinesischen Großstädten teilweise eingeschränkt. Andererseits bot das Spiel aus offizieller Sicht ein willkommenes Spektakel, um die öffentliche Aufmerksamkeit zu absorbieren und von der Erinnerung an den 4. Juni 1989 abzulenken.

Zum Jahrestag trat Zhang Liang an die Öffentlichkeit, der Kompilator der im Januar 2001 veröffentlichten *Tiananmen-Akte*, die die Ereignisse des Frühjahrs und Sommers 1989 in zahlreichen Einzeldokumenten nachzeichnet (vgl. C.a., 2001/1, Ü 11). In der chinesischsprachigen Presse Hongkongs und im Rundfunk berichtete er von Untersuchungen, die die chinesischen Behörden innerhalb- und außerhalb Chinas veranlasst hätten, um aufzudecken, auf welchen Wegen die in der Buchpublikation veröffentlichten parteiinternen Dokumente außer Landes gebracht worden seien. Die Regierung habe eine Sondereinheit unter der Leitung Luo Gans, des Chefs des Sicherheitsapparats, zur Untersuchung des Vorfalles gebildet. Die Einheit habe in mindestens zehn Provinzen Razzien durchgeführt, um in Behördengebäuden und Privatwohnungen nach Hinweisen auf die Entwendung klassifizierter Dokumente zu fahnden; auch seien zahlreiche hohe Funktionäre telefonisch und physisch überwacht worden. Mindestens 23 Personen seien verhört bzw. unter Verfügungsarrest der lokalen Sicherheitsbehörden gestellt worden. Auch ins Ausland, insbesondere in die USA, nach Japan und Taiwan sowie nach Hongkong sollen in mindestens 130 Fällen Agenten entsandt worden sein, um mögliche Verbindungen zu dem Kompilator des Buches Zhang Liang (Pseudonym) aufzudecken, dessen Identität bisher nicht geklärt ist.

Fraglich ist, woher Zhang Liang diese Informationen bezogen hat, die sich nicht unabhängig bestätigen lassen. Dass aber die chinesischen Behörden ein starkes Interesse daran haben dürften, den oder die Kompilatoren

der *Tiananmen-Akte* zu identifizieren, kann kaum bezweifelt werden.

Im Vorfeld des Jahrestags hatten 45 Exildissidenten die parteistaatliche Führung Chinas in einem offenen Brief zu einer Neubewertung der Ereignisse von 1989 aufgefordert, wie dies auch in den Vorjahren geschah. Konkret verlangten sie die Freilassung von mehreren an den Protesten von 1989 beteiligten Dissidenten, insbesondere von Xu Wenli und Wang Youcai, die wegen der Gründung der „Demokratischen Partei Chinas“ zu hohen Haftstrafen verurteilt worden sind. Eine Rehabilitierung der Teilnehmer an den Protesten von 1989 forderte auch eine Gruppe von Angehörigen der Opfer, die „Tiananmen-Mütter“. Vertreten durch ihre Wortführerin Ding Zilin, früher Professorin an der Volks-Universität in Beijing, setzt sich die Gruppe seit vielen Jahren für eine Neubewertung der Ereignisse und einen Dialog mit der staatlichen Führung zur öffentlichen Verarbeitung des traumatischen Erlebnisses ein, bislang ohne Erfolg.

In einem in den USA veröffentlichten Artikel gab Wang Dan, als Studentenfürher von 1989 jahrelang in Haft, seit 1998 im Exil in den USA und heute PhD-Student im Fach Geschichte an der Harvard-Universität, seinem wachsenden Entsetzen über die Apathie bzw. Verzerrung der historischen Fakten Ausdruck, die sich hinsichtlich des 4. Juni 1989 immer weiter ausbreitete. Die Teilnehmer und Zeugen der damaligen Proteste seien immer weniger bereit, die vergangenen Ereignisse zu diskutieren und sich mit den damaligen Erlebnissen zu konfrontieren. Gerade auch Angehörige der neuen Mittelschichten und der intellektuellen Elite Chinas trügen – im Einklang mit der chinesischen Führung – zur Verzerrung der Geschichte bei, um ihre eigene politische Apathie zu rechtfertigen. Dieser Trend gehe inzwischen so weit, dass bei manchen der Eindruck entstehe, die Verantwortung für die schwerste Tragödie in der Reformperiode Chinas liege nicht bei der damaligen Parteiführung, sondern bei denen, die ihr Leben geopfert hätten. Ein aufrichtiger Umgang mit der eigenen Geschichte sei aber unerlässlich: Wenn eine „stabile und friedliche Transformation“ des politischen Systems der VR China gelingen solle, so sei diese nicht möglich ohne eine

„Rückkehr zur Aufrichtigkeit im chinesischen Bewusstsein“ („a return to honesty in the Chinese consciousness“) (www.china.jamestown.org/pubs/view/cwe_002_012_002.htm). (Agence France Presse, 2., 5.6.02; SCMP, 21., 27., 31.5., 4., 5.6.02; WSJ, 26.5.02; IHT, 5.6.02; FAZ, 5.6.02; CND, 7.6.02) -hol-

9 Jüngste Runde der Verwaltungsreform abgeschlossen

Nach den Worten von Ministerpräsident Zhu Rongji ist die jüngste Runde der Verwaltungsreform erfolgreich abgeschlossen. Die Ziele der 1998 begonnenen Reorganisation der Verwaltungsstrukturen, die mit einer Verschlinkung der Regierungsbehörden einherging, seien „im Wesentlichen“ erreicht worden.

Wie Zhu Rongji angab, ist in den vergangenen Jahren die Zahl der Ministerialorgane des Staatsrats von 40 auf 29 reduziert worden. Auf zentraler Ebene konnten die Personalkosten damit um die Hälfte gesenkt werden. Auch auf Provinzebene sind erhebliche Einsparungen erzielt worden, nachdem hier das Personal ebenfalls um rund 50% abgebaut wurde. Auf der Kreis- und Gemeindeebene – wo die weitaus größte Zahl der Staatsbediensteten tätig ist – sei eine Personalkürzung von durchschnittlich 20% erreicht worden. Insgesamt seien in den Verwaltungsbehörden auf den verschiedenen administrativen Ebenen landesweit 1,15 Millionen Stellen abgebaut worden. Nun gelte es, Maßnahmen zu ergreifen, um eine erneute personelle Aufblähung der Verwaltungsorgane zu verhindern.

Erfahrungen aus früheren Runden von Verwaltungsreformen seit Beginn der Reformperiode zeigen, dass durch Personalkürzungen kein nachhaltiger Abbau der Zahl der Staatsbediensteten erreicht werden konnte. Vielmehr stiegen die Zahlen nach jeder Verschlinkungsrunde rasch wieder an. Auch diesmal ist zu befürchten, dass die erreichten Kürzungen, die mit 1,15 Millionen von vormals 36,7 Millionen Staatsbediensteten (1998) ohnehin nur einen bescheidenen Anteil ausmachen, bald durch neue Personalexpansionen wettgemacht werden könnten (vgl. C.a., 1998/3, S.285/286).

Nach den Worten des Ministerpräsidenten solle der Schwerpunkt weiterer Verwaltungsreformen in Zukunft auf dem Wandel der Regierungsfunktionen und der Reform des Systems öffentlicher Ausschreibungen liegen.

Was den Wandel der Regierungsfunktionen angeht, so sieht man künftigen Reformbedarf vor allem in den Bereichen einer stärker an marktwirtschaftlichen Kriterien orientierten Wirtschaftsverwaltung, die dem WTO-Beitritt Rechnung trägt, der Schaffung effektiverer Verwaltungsstrukturen insbesondere in den Westregionen des Landes, einer besseren Umsetzung bestehender Rechts sowie einer stärkeren Delegation von Verwaltungsaufgaben an intermediäre Organisationen. (XNA, 20.6.02; Xinhua, 18.6.02, nach BBC PF, 20.6.02) -hol-

10 Vorbereitungen auf den 16. Parteitag: „Wichtige Rede“ Jiang Zemin in der Zentralen Parteischule

Im Juni wurde eine neue ideologische Kampagne initiiert, die von allen führenden Parteifunktionären verlangt, sich dem intensiven Studium einer „wichtigen Rede“ zu widmen, die Jiang Zemin am 31. Mai in der Zentralen Parteischule in Beijing gehalten hat. In seiner Funktion als Generalsekretär der KPCh hatte Jiang Zemin die Gelegenheit der Abschlussfeier einer fortbildenden Schulung für Kader auf Provinz- bzw. Ministerebene an der Parteischule genutzt, um vor rund 700 hochrangigen Partei-, Regierungs- und Militärbeamten eine für die Partearbeit nach dem bevorstehenden 16. Parteitag wegweisende Rede zu halten.

Bereits zwei Mal zuvor, darunter im Mai 1997, wenige Monate vor dem 15. Parteitag im Herbst 1997, hatte Jiang Zemin an diesem Ort politische „Versuchsballons“ zu kontroversen Themen gestartet, um die Reaktionen führender Parteifunktionäre zu testen. Es ist davon auszugehen, dass die Passagen der Rede, die anschließend in den offiziellen Medien wiedergegeben wurden, nur einen Ausschnitt der behandelten Inhalte darstellen, während weiterhin kontroverse Fragen intern weiter diskutiert werden. Dennoch enthalten die offiziell

zitierten Passagen einige interessante neue Pläne für die zukünftige Parteiarbeit.

Der Grundtenor der Rede Jiang Zemin besteht in der Aufforderung an alle Parteimitglieder, sich in der Phase der Entwicklung Chinas hin zu einer Wohlstandsgesellschaft an einer fortschrittlichen Ideologie zu orientieren, um zu gewährleisten, dass die KPCh als die herrschende Partei an der Spitze der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung des Landes und damit weiterhin relevant bleibe. Es gelte voranzuschreiten, um nicht zurückzufallen. Die theoretische Grundlage für die Fortentwicklung der KPCh liege in der Verbindung der Deng-Xiaoping-Theorie und den von Jiang Zemin formulierten „Drei Repräsentationen“ (die KPCh repräsentiert „die Entwicklungsbedürfnisse der fortschrittlichen Produktivkräfte Chinas, die Ausrichtung der fortschrittlichen Kultur Chinas und die fundamentalen Interessen der breiten Bevölkerung“). Mit dieser Parallelsetzung, die im Text mehrmals wiederholt wird, werden die „Drei Repräsentationen“ Jiang Zemin auf eine Stufe mit dem theoretischen Vermächtnis Deng Xiaopings gestellt.

Um im Zeitalter der wirtschaftlichen Globalisierung fortzuschreiten, gelte es, die tief greifenden Veränderungen zu begreifen, die seit der Entstehung des „Kommunistischen Manifests“ vor rund 150 Jahren vonstatten gegangen seien. Zwar müssten die wissenschaftlichen Erkenntnisse des Marxismus weiter ihre Anwendung finden, doch dürfe nicht blind am Marxismus als einem Dogma festgehalten werden. Im Mittelpunkt der Fortentwicklung des Sozialismus chinesischer Prägung stehe die Entwicklung der fortschrittlichen Produktivkräfte. Vordringlich sei hier eine grundlegende Restrukturierung des Wirtschaftssystems, sodass die wirtschaftliche Entwicklung nicht länger nur auf quantitativem, sondern, gestützt auf wissenschaftlich-technologischem Fortschritt und effizientem Management, vermehrt auf qualitativem Wachstum aufbaue. Wichtig sei auch, die Grundlagen für eine nachhaltige, die Ressourcen und die Umwelt schützende Entwicklung zu legen. Den Herausforderungen der Globalisierung, die in China nach dem Beitritt zur Welthandelsorganisation (WTO) nun verstärkt spürbar seien,

müsse sich das Land durch verstärkte internationale Öffnung und Kooperation stellen. Um im internationalen Wettbewerb erfolgreich zu sein, müssten die durch eine „irrationale Eigentumsstruktur entstandenen Beschränkungen“ aufgehoben werden – eine implizite Aufforderung, private Eigentumsformen in China in Zukunft noch stärker zu fördern.

Im ideologischen Jargon neu waren Jiang Zemin Ausführungen zur Reform des politischen Systems, die er unter den Stichworten des Aufbaus einer „sozialistischen Demokratie“ (*shehuizhuyi minzhu*) und einer „sozialistischen politischen Zivilisation“ (*shehuizhuyi zhengzhi wenming*) abhandelte. Nachdem seit rund zwei Jahren parteiinterne Diskussionen darüber stattfanden, inwieweit sich die KPCh zu einer Volkspartei etwa nach Vorbild sozialdemokratischer Parteien in Westeuropa reformieren sollte, könnte Jiang Zemin hier einige vorläufige Antworten gegeben haben. So stellte er zunächst heraus, dass jegliche Reform des politischen Systems die Aufrechterhaltung der „Vier Grundprinzipien“ (Festhalten am sozialistischen Weg, an der Diktatur des Proletariats, an der Führung der kommunistischen Partei sowie am Marxismus-Leninismus und an den Mao-Zedong-Ideen) verlange. Bei der Entwicklung einer „sozialistischen Demokratie“ müsse die „dialektische Einheit“ zwischen der Führung durch die KPCh, der Stellung der Volksmassen als „Herren“ des Landes und einer Regierung gemäß des Rechts (*yi fa zhi guo*) aufrechterhalten werden. Um eine „Politik der sozialistischen Demokratie chinesischer Prägung“ (*you Zhongguo tese shehuizhuyi minzhu zhengzhi*) mit stärker institutionalisierten und standardisierten Verfahren zu entwickeln, könnten keinesfalls westliche Modelle politischer Systeme mechanisch kopiert werden; China müsse vielmehr seinen eigenen Weg finden.

Erwähnenswert sind schließlich Jiang Zemin Ausführungen zum „Parteiaufbau“. Hier betonte er, dass die KPCh zwei „historische Probleme“ zu lösen habe: die Verbesserung der Qualität ihrer Führung und die Stärkung ihrer Widerstandskraft gegen Korruption und Verfall. Nur durch die enge Verbindung zu den Volksmassen

und durch beständige ideologische und organisatorische Anstrengungen könne der Fortbestand der KPCh als herrschende Partei gesichert werden. (RMRB, 1.6.02)

Die Rede Jiang Zemin, die von seinem designierten Nachfolger Hu Jintao, dem Präsidenten der Parteischule, umgehend als „wichtige Rede“ markiert wurde, bot in den kommenden Wochen die Grundlage für eine intensive Studienkampagne, die sich landesweit an Leitungsfunktionäre, Parteigremien, Armeeeinheiten und Massenorganisationen richtete. An der Rezeption der Rede und der Studienkampagne in offiziellen Presseartikeln der nachfolgenden Wochen fällt auf, dass nicht nur die Gleichrangigkeit von der „Deng-Xiaoping-Theorie“ und den „Drei Repräsentationen“ Jiang Zemin betont wurde, sondern darüber hinaus auch wiederholt die Aufforderung erklang, sich „eng um die kollektive Parteiführung der dritten Generation mit Genossen Jiang Zemin als Kern“ zusammenzuschließen.

Diese Rhetorik könnte eine Bestätigung zahlreicher Spekulationen der letzten Wochen sein, die besagen, dass der 76-jährige Jiang Zemin entgegen früherer Pläne, sein Amt des Generalsekretärs der KPCh auf dem 16. Parteitag an Hu Jintao abzugeben, nun vorerst doch noch an diesem politisch einflussreichsten Amt der VR China festhalten will. Hu Jintao müsste sich in diesem Fall zunächst mit dem Amt des Staatspräsidenten zufrieden geben (vgl. C.a., 2000/5, Ü 8). Diese Spekulationen haben sich im Verlauf des Monats Juni weiter verfestigt. Zwar sollen 80% der Parteimitglieder eine Ablösung Jiang Zemin durch Hu Jintao befürworten, doch soll es Jiang Zemin gelungen sein, eine einflussreiche Allianz hochrangiger Partei- und Militärvertreter für die Einsicht zu gewinnen, dass eine Ablösung Jiang Zemin als Parteichef zum gegenwärtigen Zeitpunkt einer stabilen innen- und außenpolitischen Entwicklung der VR China abträglich sein könnte. Insbesondere im Militär scheinen zudem viele Stimmen aus Gründen eigener Aufstiegsmöglichkeiten für ein Verbleiben Jiang Zemin und gegen eine Amtsübernahme durch Hu Jintao zu optieren.

Hongkonger Quellen zufolge werden parteiintern gegenwärtig verschiedene

Alternativen diskutiert, um den zukünftigen Einfluss Jiang Zemin auf den politischen Entscheidungsprozess der Parteiführung zu gewährleisten. Neben der Fortsetzung des Generalsekretärsamtes durch Jiang Zemin wird etwa über die Schaffung des separaten Amtes eines Vorsitzenden der KPCh (wie es bis in die frühen 1980er Jahre hinein bestand) nachgedacht. Eine andere Möglichkeit könnte sein, in einer schriftlichen Resolution festzuschreiben, dass bei wichtigen politischen Entscheidungen der Ratschlag Jiang Zemin eingeholt wird. Schließlich könnte eine Kompromisslösung auch darin bestehen, neben Hu Jintao auch Zeng Qinghong, den langjährigen Schützling Jiang Zemin, in den Ständigen Ausschuss des Politbüros zu befördern, um über Zeng Qinghong den Einfluss Jiang Zemin zu sichern, ohne Hu Jintaos Stellung offen zu kompromittieren. Übereinstimmend gehen die meisten Spekulationen davon aus, dass Jiang Zemin in jedem Fall das Amt des Vorsitzenden der Zentralen Militärkommission behalten wird.

Dass derart vielfältige Spekulationen um die Nachfolge Jiang Zemin kursieren, ist angesichts des bevorstehenden politischen Großereignisses des 16. Parteitag im Herbst nicht verwunderlich. Dennoch machen sie die mangelnde Transparenz des politischen Nachfolgeprozesses überdeutlich. Eine endgültige Entscheidung über die Nachfolge in den verschiedenen Parteiämtern ist erst nach der jährlichen Sommerklausur der Partei- und Staatsführung im Juli und August in Beidaihe zu erwarten. (RMRB, 1.6.02; Xinhua, 31.5., 4., 13., 18., 24.6.02, nach BBC PF, 2., 6., 14., 20., 27.6.02; XNA, 1., 4., 5., 14.6.02; *Wen Wei Po*, 31.5.02, nach FBIS, 31.5.02; *Ta Kung Pao*, 4.6.02, nach FBIS, 4.6.02; SCMP, 8.7.02; *Yomiuri Shimbun*, Internet-Version, 21.6.02, nach BBC PF, 22.6.02; WSJ, 2., 3.7.02; *Taipei Chung-kuo Shih-Pao*, Internet-Version, 2.7.02, nach FBIS, 2.7.02) -hol-

11 Jiang Zemin benennt sieben neue Generäle

Anfang Juni hat Jiang Zemin sieben hochrangige Militärs in den Generalsrang befördert. Bei den neuen Generälen handelt es sich um den Luftwaf-

fen-Befehlshaber Qiao Qingchen, den politischen Kommissar der Akademie für Militärwissenschaften Wen Zongren, den politischen Kommissar der Militärregion Shenyang Jiang Futang, den Kommandanten der Militärregion Shenyang Qian Guoliang, den Kommandanten der Region Jinan Chen Bingde, den Kommandanten der Region Nanjing Liang Guanglie und den politischen Kommissar von Guangzhou Liu Shutian.

Unter den sieben gilt General Qiao Qingchen als ein „Newcomer“. Der 63-Jährige hatte vor zwei Monaten den gleichaltrigen Liu Shun Yao als Befehlshaber der Luftwaffe abgelöst. Wie Beobachter vermuten, stand die Ablösung Lius im Zusammenhang mit der Entdeckung elektronischer Wanzen im Präsidentenflugzeug Jiang Zemin im Januar dieses Jahres. Qiaos Beförderung zum General dürfte implizieren, dass er im Herbst auch zum Mitglied des Zentralkomitees der Partei bestimmt wird, dem die anderen sechs neuen Generäle bereits angehören.

Die Generäle Wen Zongren und Jiang Futang gelten als Schützlinge des vor seiner Pensionierung stehenden Generals Zhang Wannian, einem engen Verbündeten Jiang Zemin. Die jüngsten Beförderungen dürften dazu beitragen, den politischen Einfluss Jiangs auch nach dem 16. Parteitag zu sichern. Aus dem Militär sollen zahlreiche Befürworter einer verlängerten Amtszeit Jiang Zemin nicht nur als Vorsitzender der Zentralen Militärkommission, sondern auch als Generalsekretär der KPCh stammen. Wie es als Begründung für diese Präferenz heißt, führt die Partei die Armee an, die Ämter des Generalsekretärs der KPCh und des Vorsitzenden der Zentralen Militärkommission seien daher untrennbar.

Seit 1988 sind insgesamt 81 hochrangige Militärs zu Generälen befördert worden, davon 64 von Jiang Zemin in seiner Funktion als Vorsitzender der Zentralen Militärkommission. Sollte er tatsächlich beabsichtigen, über den 16. Parteitag weiterhin im Amt zu bleiben, dürfte er sich der Loyalität dieser Personengruppe sicher sein. (Xinhua, 2.6.02, nach BBC PF, 4.6.02; SCMP, 3., 4.6.02; *Yomiuri Shimbun*, Internet-Version, 21.6.02, nach FBIS, 21.6.02) -hol-

12 Stärkung betrieblicher Demokratie in Unternehmen des öffentlichen Wirtschaftssektors

Offenbar vor dem Hintergrund eines wachsenden Unruhepotenzials unter Arbeitern im staatlichen Unternehmenssektor hat die parteistaatliche Führung eine Stärkung des Systems betrieblicher Demokratie (*changwu gongkai zhidu*, wörtl.: „System der öffentlichen Bekanntgabe betrieblicher Angelegenheiten“) gefordert. Gemäß eines Rundschreibens des Zentralkomitees der KPCh und des Staatsrats vom 3. Juni (erst am 23. Juni bekannt gemacht) sollen staatliche und kollektive Unternehmen sowie Aktienunternehmen mit öffentlicher Mehrheitsbeteiligung ihre betrieblichen Angelegenheiten einer stärkeren Aufsicht durch die Belegschaft unterstellen. Das Rundschreiben richtete sich an Parteikomitees und Regierungen auf Provinzebene, an Verwaltungsbehörden auf ministerieller Ebene, an die Allgemeine Politische Abteilung der Volksbefreiungsarmee sowie an verschiedene intermediäre Organe.

Ziel der Maßnahme ist es, die demokratische Beteiligung und Aufsicht der Arbeitnehmer innerhalb der Unternehmen zu stärken. In wichtigen Belangen des Betriebsmanagements sowie bei betrieblichen Entscheidungen, die ihre eigenen Interessen betreffen, sollen Arbeitnehmer in Zukunft bessere Mitsprache- bzw. Kontrollmöglichkeiten erhalten. Zusätzlich zu den bereits bestehenden Arbeiterkongressen, die für die Durchführung der betrieblichen Demokratie hauptsächlich verantwortlich sind, sollen künftig in allen Unternehmen so genannte „Führungsgruppen für betriebliche Demokratie“ (*changwu gongkai lingdao xiaozu*) gebildet werden, die sich aus Vertretern des Parteikomitees, des Managements, des Disziplinarkomitees und der Gewerkschaftsorganisation des jeweiligen Unternehmens zusammensetzen. Zur Überwachung der Stärkung betrieblicher Demokratie sollen ferner Aufsichtsgremien (*jiandu xiaozu*) ins Leben gerufen werden, die sich aus Vertretern des Disziplinarkomitees, der Gewerkschaftsorganisation und aus den Reihen der Arbeitnehmer zusammensetzen.

Um die Aufsicht zu erleichtern, sollten in Zukunft insbesondere auch Daten über finanzielle Zuwendungen an die Angehörigen der Betriebsleitung öffentlich bekannt gemacht werden. Konkret wird verlangt, den Belegschaften Informationen etwa über Wohnungssubventionen und Ausgaben für Auslandsdienstreisen der Betriebsleitung zugänglich zu machen. Nach Möglichkeit sollen die Maßnahmen mit einer Modernisierung der betrieblichen Managementstrukturen einhergehen.

Bereits seit 1997 wurden von Seiten der parteistaatlichen Führung Anstrengungen gemacht, die demokratischen Rechte der Arbeitnehmer in staatlichen Unternehmen zu stärken. Angesichts der verschärften Interessenkonflikte zwischen Unternehmensleitung und Arbeitnehmern im Zusammenhang der Reform der Staatsbetriebe waren diese Anstrengungen aber nicht allzu erfolgreich. Immerhin wird betont, dass die Unternehmensreformen bislang in solchen Betrieben relativ reibungslos verlaufen seien, in denen die Arbeitnehmer betriebliche Mitsprache- und Aufsichtsrechte besäßen.

Ein expliziter Zusammenhang wird zu Jiang Zemins „Drei Repräsentationen“ (die KPCh repräsentiert „die Entwicklungsbedürfnisse der fortschrittlichen Produktivkräfte Chinas, die Ausrichtung der fortschrittlichen Kultur Chinas und die fundamentalen Interessen der breiten Bevölkerung“) hergestellt. Diese ideologische Kampagne wird von vielen Arbeitern als ein Vorstoß der Parteiführung wahrgenommen, ihre historische Verbindung zu den „Werkstätigen“ nach und nach zu lockern und stattdessen die neuen ökonomischen Eliten, insbesondere die zunehmend einflussreichen Privatunternehmer, zu kooptieren (vgl. C.a., 2001/7, S.739-746). Der jüngste Anlauf für eine Stärkung der demokratischen Rechte der Arbeiter kann gewissermaßen als eine Kompensation für die wachsende Hinwendung der KPCh zur Seite des „Kapitals“ verstanden werden. Beabsichtigt ist sicherlich auch eine positive Signalwirkung für die Aufrechterhaltung des sozialen Friedens im Vorfeld des 16. Parteitags im Herbst dieses Jahres, nachdem groß angelegte Arbeiterunruhen im Frühjahr in Führungskreisen star-

ke Besorgnis erregt haben (vgl. C.a., 2002/3, Ü 11, 2002/4, Ü 13).

Trotz des Unruhepotenzials beabsichtigt die Regierung, die Reform der Staatsunternehmen weiter voranzutreiben, um dem durch den WTO-Beitritt Chinas verschärften internationalen Wettbewerbsdruck standzuhalten. Dabei müsse aber verstärkt für freigesetzte Arbeitskräfte gesorgt werden. Insbesondere sollen mehr als 5,4 Millionen von landesweit insgesamt knapp 20 Millionen einkommensschwacher städtischer Einwohner, die bislang noch keine staatliche Mindesteinkommenssicherung erhalten, möglichst bis Ende Juni 2002 entsprechende Transferleistungen erhalten. Offiziellen Angaben des Ministeriums für Zivilverwaltung zufolge sollen in den Provinzen Jilin und Hunan jeweils über 500.000 Berechtigte, in Heilongjiang, Liaoning, Hubei, Henan, Jiangxi und der Inneren Mongolei jeweils zwischen 300.000 und 500.000 Berechtigte und in Gansu, Sichuan, Yunnan, Anhui, Shandong und Hebei jeweils zwischen 100.000 und 300.000 Berechtigte noch nicht in den Genuss staatlicher Subventionsleistungen zur Sicherung eines Mindesteinkommens gekommen sein.

Li Qiang, Professor an der Qinghua-Universität in Beijing, stellte auf einer internationalen Konferenz in Hongkong Anfang Juli zwei auf dem Festland verbreitete Positionen zur Einschätzung des Potenzials für weitere Arbeiterunruhen in China vor. Vertreter der so genannten „Eisberg-Theorie“ warnten davor, dass die jüngsten Arbeiterproteste in Nordostchina, an denen sich mehrere zehntausend Personen beteiligten, nur die „Spitze des Eisbergs“ darstellten. Durch die Folgen des WTO-Beitritts dürfe das Unruhepotenzial rapide zunehmen, sodass mit einer zunehmenden Verbreitung von Arbeiterprotesten zu rechnen sei, die die soziale und politische Stabilität gefährden könnten. Demgegenüber gingen Vertreter der so genannten „Festungs-Theorie“ davon aus, dass die Proteste von rund 50.000 Arbeitern auf dem Ölfeld in Daqing im Frühjahr 2002 bereits das größte anzunehmende Ausmaß von Protesten erreicht hätten, da Daqing als petrochemisches Zentrum der staatlichen Schwerindustrie eine traditionelle Hochburg der Arbeiterinteressen

darstelle. Die Tatsache, dass die staatliche Führung selbst die Proteste in der „Festung“ Daqing einzudämmen in der Lage war, zeige, dass Schlimmeres nicht zu befürchten sei.

Diese zweite optimistischere Position geht insofern an der Realität vorbei, als sie etwa das Beispiel der zeitgleichen Arbeiterproteste in Liaoyang ignoriert. Dort gingen die Proteste keineswegs von einer „Festung“ der traditionellen Schwerindustrie aus, sondern von mehr als zwanzig kleineren Betrieben im Leichtindustrie- und Metallverarbeitenden Bereich, die sich überbetrieblich organisierten und koordinierten (vgl. C.a., 2002/3, Ü 11). Auch gab es Anzeichen einer überregionalen Vernetzung von Protestaktionen, die dagegen sprechen, dass Arbeiterunruhen ohne weiteres lokal zu begrenzen sind.

Die hochgradige Sensitivität, die dem Thema Arbeiterunruhen in der VR China derzeit zukommt, wird an der Ausweisung eines kanadischen Journalisten Anfang Juni deutlich. Jiang Xueqin, ein freischaffender Journalist chinesischer Herkunft mit kanadischer Staatsbürgerschaft, hatte in den vergangenen beiden Jahren von Beijing aus für englischsprachige Zeitschriften wie *The Nation*, *Christian Science Monitor* und *Far Eastern Economic Review* zahlreiche Reportagen über die sozialen Nöte der ländlichen und städtischen Bevölkerung Chinas im Zeitalter der Globalisierung geschrieben. Seine überraschende Ausweisung nach Kanada erfolgte am 5. Juni, nachdem er von Sicherheitskräften unter dem Vorwurf, illegale Videoaufzeichnungen der Arbeiterproteste in Nordostchina gemacht zu haben, festgenommen und mehrere Tage lang verhört worden war. Bereits im April dieses Jahres war der Exildissident Yang Jianli in China festgenommen worden, nachdem den Behörden bekannt geworden war, dass der Demokratieaktivist Recherchen über die Hintergründe der Arbeiterunruhen in Nordostchina anstellen wollte (vgl. C.a., 2002/4, Ü 16). (RMRB, 24.6.02; Xinhua, 8., 23.6.02, nach BBC PF, 12., 24.6.02; XNA, 24.6.02; SCMP, 24.6., 8.7.02; FT, 11.6.02) -hol-

13 Falungong kapert staatliches Satellitenfernsehen

Ende Juni wurde von mehrfachen Störungen des staatlichen chinesischen Satellitenfernsehens durch die Falungong-Bewegung berichtet. In mehreren Fällen ist es „Satelliten-Piraten“ gelungen, Falungong-Botschaften und Bildmaterialien einzuspeisen.

Wie die chinesische und ausländische Presse übereinstimmend meldete, sind im Zeitraum zwischen dem 21. und dem 30. Juni insgesamt neun Programme des staatlichen Satellitenfernsehens (CCTV) auf zentraler Ebene und zehn Programme auf Provinzebene gestört worden, die sämtlich von dem 1998 in Umlauf gebrachten Satelliten Sinosat versorgt werden. Konkret berichtet wurde von einer rund 15-minütigen Unterbrechung des CCTV-Kanals 3 im Kreis Laiyang in der Provinz Shandong, während derer auf den Bildschirmen unter anderem die Botschaft „Falungong ist gut“ zu lesen war. Am 25. Juni erschienen jeweils für einige Sekunden ähnliche Bilder auf den CCTV-Kanälen 1 und 5 im Kreis Yantai in derselben Provinz. Weitere Unterbrechungen des Satellitenfernsehens wurden aus der Provinz Hunan (ebenfalls am 25. Juni) sowie aus den Provinzen Sichuan, Yunnan und Guizhou gemeldet.

Da die Fernseh- und Rundfunkbehörden umgehend versuchten, die Störsignale zurückzuverfolgen, blieb in einigen ländlichen Regionen die Fernsehübertragung für einige Zeit vollkommen aus. Die Behörden waren vor dem Hintergrund mehrerer Unterbrechungen des staatlichen Kabelfernsehens in den zurückliegenden Monaten bereits in erhöhte Alarmbereitschaft versetzt (vgl. C.a., 2002/3, Ü 12). Wie berichtet wurde, übernahmen inzwischen zuständige Administratoren in ihren Büros, um auf eventuelle Störungen unverzüglich reagieren zu können.

Gestört wurden während des genannten Zeitraums Übertragungen der Fußball-Weltmeisterschaft, Berichte über die Feierlichkeiten zum fünften Jahrestag der Rückgabe Hongkongs, Wettervorhersagen und Wasserstandsmeldungen (angesichts der zeitgleichen Flutkatastrophe eine gravierende Störung) sowie Sendungen zu landwirtschaftlichen Themen im Rahmen der staatlichen Initiative, das

staatliche Fernsehen „in alle Dörfer“ („*Cuncun tong*“) zu tragen.

Nach Aussagen einer Falungong-Sprecherin in Hongkong, die die Verantwortung einzelner Falungong-Mitglieder für die jüngsten Vorfälle bestätigte, zielte die Ausstrahlung der Falungong-Botschaften darauf ab, eine Gegendarstellung zur einseitigen staatlichen Anti-Falungong-Propaganda zu liefern und so die chinesische Bevölkerung zum Nachdenken zu bringen. Statt komplizierter Argumente der Rechtfertigung habe man sich diesmal bewusst für einfache Botschaften entschieden. Es gehe nicht darum, die chinesische Regierung anzugreifen, sondern die Menschen davon zu überzeugen, dass Falungong nichts als eine friedliche spirituelle Bewegung sei.

Technisch stellt die „Piraterie“ von Satellitenprogrammen eine deutlich höhere Herausforderung dar als die Einspeisung von Videofilmen ins Kabelfernsehen, wie dies Falungong-Anhänger im Januar und März dieses Jahres im Nordosten und Südwesten des Landes mehrfach gelungen war. Nach Auskunft von Experten ist eine bloße Störung der Satellitenübertragung noch relativ trivial, da die Frequenzen für Fernsehprogramme gemäß internationaler Usance öffentlich bekannt sind. Technologisch erheblich aufwendiger sei die Einspeisung eigenen Filmmaterials in das Satellitenfernsehen – hierzu sei eine terrestrische Station nötig, die mehrere Millionen USD koste, oder eine Satellitenschüssel von mindestens neun Meter Durchmesser. Auch verlange eine solche Sabotageaktion sehr komplexe und präzise technische Kenntnisse.

Auf offizieller chinesischer Seite haben die jüngsten Vorfälle, die einen Frontalangriff auf die Medienhoheit der parteistaatlichen Führung darstellen, starke Beunruhigung ausgelöst. Unter anderem wurde berichtet, dass das staatliche Fernsehen aus Furcht vor Störungen kurzfristig auf eine Live-Übertragung der Reden Jiang Zemens und Tung Chee-hwas anlässlich des Festaktes zum 5. Jahrestag der Rückgabe Hongkongs am 1. Juli verzichtet hat. Immerhin bieten die Vorfälle den staatlichen Behörden Anlass, die Falungong-Bewegung international weiter zu diskreditieren. So wurde in einem englischsprachigen Artikel der staatlichen Nachrichtenagen-

tur Xinhua argumentiert, dass die Manipulationen des chinesischen Satellitenfernsehens nicht nur einen Angriff auf die nationale Sicherheit der VR China, sondern einen kriminellen Sabotageakt von internationaler Tragweite darstelle. Wie der Verkehr am Boden, sei auch die Ausstrahlung von Radiosignalen per Satellit Gegenstand von verbindlichen Regeln. Aufgrund der Komplexität und der Vielfalt des Einsatzes von Satellitentechniken im zivilen und militärischen Bereich, handle es sich um ein Gebiet mit erheblichem internationalen Regelungsbedarf, der durch internationale Telekommunikationsabkommen und andere Konventionen gedeckt werde. Der Eingriff in diesen technologisch hochsensiblen Bereich, der gravierende Folgen nach sich ziehen könne, stelle daher eine Verletzung des internationalen Gesetzes- und Regelwerks wie auch eine schwerwiegende Beeinträchtigung von internationalen Konventionen im Bereich der „öffentlichen Moral“ dar.

Was die Falungong-Bewegung selbst angeht, so signalisieren die jüngsten Hightech-Aktionen entgegen ihrer bisherigen Selbstdarstellung als einer nur lose vernetzten Gemeinschaft von Praktizierenden, dass die international agierende Gruppe über beträchtliche organisatorische, finanzielle und Know-how-Kapazitäten verfügt. Amerikanische Beobachter mutmaßen, dass die Organisation ein richtiggehendes Trainingsnetzwerk für die Vermittlung entsprechender technischer Kenntnisse ins Leben gerufen haben könnte.

Aus der Sicht unbedarfter Falungong-Anhänger könnten die jüngsten Aktionen in frappierender Weise den scientistischen Anspruch ihres Meisters Li Hongzhi bestätigen, der in seinen Lehren die Wirksamkeit übernatürlicher Fähigkeiten mit vielfältigen pseudo-naturwissenschaftlichen Konzepten begründet. (Xinhua, 8.7.02, nach FBIS, 8.7.02; Hong Kong Information Centre for Human Rights and Democracy, 26.6.02, nach BBC PF, 28.6.02; Hong Kong AFP, 26.6.02, nach FBIS, 26.6.02; SCMP, 27.6.02; ST, 28.6.02; Reuters World Report, 9.7.02; CND, 8.7.02; Stratfor (Global Intelligence Company), 27.6.02, via: www.stratfor.com) -hol-

14 Finanzjournalismus testet Grenzen der Pressefreiheit aus

Anfang Juni erging das Urteil in einem international beachteten Gerichtsprozess, den ein an der Shenzhener Börse notiertes Immobilienunternehmen gegen das chinesischsprachige Finanz- und Wirtschaftsmagazin *Caijing* (engl. *Business and Finance Magazine*) angestrengt hatte. Das Urteil war in Finanz- und in Medienkreisen mit großer Spannung erwartet worden, da es die Freiräume und Grenzen einer neuen Form des investigativen Finanzjournalismus in der VR China absteckte.

Die Shenzhener Immobilienfirma Fountain Corp. hatte die Redaktion des *Caijing*-Magazins wegen Rufschädigung auf Schadensersatz in Höhe von 1,08 Mio. RMB Yuan verklagt, nachdem in der *Caijing*-Ausgabe vom 5. März 2002 ein sechsstufiger Artikel erschienen war, in dem buchhalterische Manipulationen, die Veröffentlichung falscher Finanzdaten und andere Verfehlungen der Immobilienfirma aufgedeckt wurden. Die Herausgeberin des Magazins, Hu Shuli, verfasste daraufhin einen weiteren Artikel, in dem sie das Recht ihrer Zeitschrift verteidigte, kritische Beiträge zu publizieren. In Reaktion darauf reichte das Unternehmen eine zweite Klage ein, in der es weitere 2 Mio. RMB Yuan Entschädigung forderte, insgesamt also 3,08 Mio. RMB Yuan.

Das zuständige Gericht in Shenzhen entschied nun in seinem Urteil vom 4. Juni, dass der *Caijing*-Artikel in einem Absatz des sechsstufigen Artikels tatsächlich unwahre Informationen enthielt. Die angeklagte Partei wurde daher verpflichtet, Entschuldigungsschreiben der Redaktion und des Verfassers des betreffenden Artikels zu veröffentlichen. Auch wurde der Verlag verpflichtet, eine Entschädigung in Höhe von 300.000 RMB Yuan, mithin ein knappes Zehntel der geforderten Summe, an die Fountain Corp. zu zahlen und für einen Teil der Prozesskosten aufzukommen. Die Redaktion des Magazins kündigte an, gegen das Urteil Berufung einzulegen.

In seinem Urteil bestätigte das Gericht aber zugleich das grundsätzliche Recht der Medien, kritische Bei-

träge über börsennotierte Unternehmen zu veröffentlichen. Mit explizitem Verweis auf die Garantie der Pressefreiheit und der freien Meinungsäußerung, wie sie vage in der Verfassung der VR China formuliert wird, erklärte das Gericht, dass das *Caijing*-Magazin das Recht habe, „über Verstöße gegen Regeln und Gesetze in der Finanzwelt zu berichten und zu sie kommentieren“. Vor dem Hintergrund zunehmender Probleme unter börsennotierten Unternehmen erscheine es „besonders wichtig, die Überwachungsfunktion der Medien zur Entfaltung zu bringen, um die Interessen der Investoren zu schützen.“

Tatsächlich bewegt sich der chinesische Finanzjournalismus in einem schwierigen Spannungsfeld. Einerseits gelten auch hier die generell eng gesteckten Grenzen der Pressefreiheit, über die der parteistaatliche Propagandaapparat nach wie vor sorgfältig wacht. Andererseits wächst das Interesse von staatlichen Akteuren wie auch von Investoren an einem funktionierenden und transparenten Finanzmarkt. In der Realität ist dieser von notorischen Manipulationen, Insider-Geschäften und Korruption geprägt, sei es bei der Börsennotierung oder beim Handel der Wertpapiere der mittlerweile in Shenzhen oder Shanghai notierten rund 1.200 Unternehmen. Die Zahl chinesischer Aktionäre ist inzwischen auf rund 60 Millionen gewachsen, die ein natürliches Interesse daran haben, aussagekräftige Informationen über die Unternehmen zu erhalten, deren Aktien sie handeln.

Vor diesem Hintergrund erhielt das 1998 gegründete *Caijing*-Magazin Rückendeckung vom Stock Exchange Executive Council (SEEC), einem regierungsnahen Think tank, dessen Aufgabe die Förderung des chinesischen Finanzmarktes ist. Im Jahr 1993 war SEEC von einflussreichen Finanzmanagern und Firmenchefs ins Leben gerufen worden, die aus dem Ausland nach China zurückgekehrt waren, um dort die marktwirtschaftlichen Reformen im Finanzsektor voranzutreiben. Der Think tank fungiert heute als staatliche Dachinstitution für eine Tageszeitung (*Caijing Times*), eine Wochenzeitung mit Informationen zum Wertpapiermarkt, eine Website mit Finanzinformationen (Home-way.com), eine Bildungseinrichtung

(China Securities Industry Institute) sowie für die Zeitschrift *Caijing*.

SEEC unterstützte Hu Shuli, eine erfahrene, unter anderem in den USA ausgebildete Journalistin, bei der Einführung des zweiwöchentlich erscheinenden Finanz- und Wirtschaftsmagazins im April 1998. Seither bietet die Zeitschrift ein innovatives Spektrum an Hintergrundanalysen zu wirtschafts- und reformpolitischen Themen, Prognosen, Finanzmarktanalysen und detailliert recherchierte Reportagen über einzelne Branchen oder Unternehmen. Damit ist *Caijing* zu einem Vorreiter des investigativen Finanzjournalismus geworden, der sich in China seit den frühen 1990er Jahren in allen Medien (Printmedien, Fernsehen, Rundfunk, Internet) rapide entwickelt hat.

Das Magazin machte insbesondere von sich reden, als es im August 2001 über das an der Shenzhener Börse notierte Biotechnologie-Unternehmen Guangxia Industry Co. berichtete. In der Reportage wurde aufgedeckt, dass das in Yinchuan (Autonome Region Ningxia) ansässige Unternehmen, dessen Aktien im Lauf des Jahres 2000 um 440% an Wert zugelegt hatten und das damit als das zweiterfolgreichste chinesische Unternehmen rangierte, übermäßig hohe Exportzahlen fingiert hatte, die sich in den offiziellen Außenhandelsstatistiken nicht wiederfinden. Eine Überprüfung der staatlichen Wertpapieraufsichtskommission (China Securities Regulatory Commission, CSRC) ergab die Richtigkeit dieser Information; die Aktien des Unternehmens werden seither nicht mehr gehandelt.

Generell gilt das Blatt als hervorragendes Beispiel eines sich in China allmählich herausbildenden professionellen Journalismus und als einschlägige Lektüre für Finanzfachleute und Unternehmer. SEEC-Analysten tragen mit ihrer Expertise aus erster Hand zum Profil des Magazins bei – so stammte die strittige Reportage über die Fountain Corp. von Pu Shaoping, einem Finanzmarktanalytisten von SEEC. Auch die CSRC unterstützt die Arbeit des Blattes, dem im Finanzsektor eine wichtige Überwachungsfunktion zukommt.

Trotz der Freiräume in der Berichterstattung, die dem Finanzjournalismus

aufgrund der Unterstützung durch verschiedene staatliche Akteure in den letzten Jahren entstanden sind, erwachsen der journalistischen Arbeit hier noch immer klare Schranken. Auf der einen Seite stößt das Selbstverständnis des investigativen Journalismus als Plattform sozialer Gerechtigkeit leicht an die Grenzen dessen, was von der parteistaatlichen Führung als politisch sensitiv erachtet wird. Zwar ist es nicht mehr absolut tabu, an übergreifende politische und soziale Problemthemen zu rühren, doch erfordert es erhebliches Fingerspitzengefühl, um den richtigen Zeitpunkt zu erhaschen, wirtschaftspolitische Themen oder soziale Missstände kritisch zu kommentieren. Auch im Finanzjournalismus kann die Schwelle zu politisch sensibler Kritik leicht überschritten werden, da makroökonomische Strategien ebenso zur Debatte stehen wie mikroökonomische Interessen und Fragen der sozialen Gerechtigkeit.

Auf der anderen Seite droht dem Finanzjournalismus eine wachsende Zahl gerichtlicher Klagen, wie zuletzt in dem geschilderten Fall der Fountain Corp. In dem Maße, wie *Caijing* und andere Zeitschriften ihre Rolle als „watchdog“ erfüllen, laufen sie Gefahr, von einzelnen Unternehmen gerichtlich belangt zu werden. Dass sich solche Klagen wiederholen werden, ist angesichts einer bestehenden Gesetzeslücke wahrscheinlich. Zwar ist das chinesische Zivilrecht inzwischen so weit entwickelt, dass es ein Gesetz gegen Defamierung enthält, welches Unternehmen ermöglicht, sich gegen rufschädigende Beiträge in den Medien mit rechtlichen Mitteln zur Wehr zu setzen. Nach wie vor fehlt jedoch ein Mediengesetz, das umgekehrt einen effektiven Schutz der Pressefreiheit und der Interessen der Medien gewährleisten könnte. Entsprechende Gesetzesvorschläge werden zwar seit Mitte der 1980er Jahre diskutiert, haben bislang aber nicht zur Verabschiedung eines Mediengesetzes geführt. Angesichts des fortbestehenden parteistaatlichen Kontrollanspruchs über die Medien schien es für alle Beteiligten bisher offenbar vorteilhafter, auf einen Gesetzestext zu verzichten, denn ein solcher müsste die politischen Schranken der Pressefreiheit rechtlich fixieren und dürfte damit

einen pragmatischen und flexiblen *modus vivendi*, wie er sich im Bereich des Finanzjournalismus offenbar etabliert hat, eher erschweren als erleichtern. Die Grenzen der Pressefreiheit dürften daher auch in Zukunft Gegenstand partikulärer Aushandlungsprozesse sein. (FEER, 9.5.02; WSJ, 19.5., 7.6.02; Nailene Chou Wiest, „Financial Journalism and Market Reforms“, via: www.rthk.org.hk/mediadigest/20020614_76_29681.html) -hol-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

15 Der Brand in einem Internet-Cafe in Beijing und die Folgen

Bei einem Brand im Lanjisu Cyber Cafe (Blue Hyperspeed Cafe) im Universitätsviertel Haidian der Hauptstadt Beijing kamen in der Nacht vom 15. zum 16. Juni 25 Menschen ums Leben. Die meisten Opfer waren Studenten der umliegenden Universitäten.

Nach offiziellen Angaben hatten zwei 13 bzw. 14-jährige Jungen, denen am Vortag der Eintritt verweigert worden war, aus Rache ein Feuer gelegt; sie hatten sich an einer Tankstelle in der Umgebung Benzin besorgt. Beide Jungen sollen – nach chinesischen Darstellungen – Kinder getrennter Eltern sein, die sich kaum um ihre Söhne gekümmert haben; der Vater des einen Jungen soll drogensüchtig, der des andern arbeitslos sein.

Die Eingänge des erst wenige Wochen zuvor geöffneten illegalen Cafes waren verschlossen und die Fluchtwege versperrt. Um die Entdeckung derartiger Cafes zu vermeiden, kommen die Besucher meist abends, werden eingeschlossen und bleiben bis zum Morgen – die Nachttarife sind besonders günstig. Illegale Cafes sind aus vielen Gründen beliebt. Im Gegensatz zu legalen Einrichtungen müssen keine Personalausweise vorgelegt werden, außerdem werden keine Filterprogramme eingesetzt mit denen sonst zahlreiche – vor allem ausländische – Seiten blockiert werden. Vor wenigen Monaten sollen in Dalian (Provinz Liao-

ning) bei einem ähnlichen Unglück 20 Menschen ums Leben gekommen sein.

Der Oberbürgermeister von Beijing, Liu Qi, ordnete schon am folgenden Tag die Schließung aller Internet-Cafes der Hauptstadt an, einschließlich der legalen. Neue Genehmigungen sollen in nächster Zeit nicht mehr erteilt werden. Erwartungsgemäß gab es gegen diese Maßnahmen zahlreiche Proteste von Internetnutzern, allerdings gibt es bisher keine Hinweise auf eine Lockerung der Einschränkungen. Nicht betroffen von den neuen Regeln sind offenbar Personen, die das Internet von zu Hause aus nutzen.

Im Zusammenhang mit dem Vorfall und den staatlichen Maßnahmen wurde von verschiedenen Seiten mitgeteilt, dass in Beijing 2.400 Internet-Cafes existierten, von denen 2.200 illegal wären. Insgesamt soll es in China etwa 200.000 Internet-Cafes geben, von denen 46.000 legal sind. Alle Cafes müssen sich bis zum 1. Oktober neu registrieren lassen und werden einer Sicherheitsinspektion unterzogen. Nach einem Bericht der *South China Morning Post* sollen die Betreiber der Internet-Cafes dazu gezwungen werden, eine Software zu installieren, die sowohl mehrere hunderttausend ausländische Internetseiten blockiert, als auch Versuche verbotene Seiten zu erreichen, registriert und automatisch an die Behörden weiterleitet. Schon im vergangenen Frühjahr hatte es eine landesweite Kontrolle der Internet-Cafes gegeben. (Vgl. C.a., 2001/7, Ü 12) Gegenwärtig soll es in der Volksrepublik insgesamt 35 Millionen Internetnutzer geben.

Westliche Kommentatoren bewerten die Katastrophe und die darauf folgenden Maßnahmen sehr unterschiedlich. Einige betonen die Zusammenhänge zwischen diesem Unglück und den vielen Minenunglücken sowie zahlreichen Bränden in Diskotheken, Fabriken und Schulen. (Vgl. C.a., 2001/11, Ü 11, 2002/4, Ü 20) Andere meinen, die Behörden würden den Brand nur als Vorwand benutzen, um die Internetnutzung noch strenger zu kontrollieren und zu zensieren. Hierbei wird häufig betont, dass die Zahl der illegalen Cafes so groß sei, weil es sehr schwierig sei, eine offizielle Genehmigung zu erhalten. Zahlreiche Beobachter weisen allerdings